

ARGUMENTATIONSHILFE

Mietendeckel statt Mietpreisbremse

DIE LINKE.

THEMA

MIETENDECKEL STATT MIETPREISBREMSE

Die Mietpreise haben sich innerhalb eines Jahrzehnts vielerorts verdoppelt. Über 11 Millionen Menschen sind durch Wohnkosten überlastet. Sie müssen immer mehr Geld für die Miete ausgeben, das dann woanders, bei der Bildung, den Kindern, der Freizeit oder nötigen Anschaffungen, fehlt. Aber auch fast 2 Millionen Wohnungen stehen leer, weil das Finanzkapital aufgrund der ungleichen Verteilung des Reichtums und der Blasen auf den Finanzmärkten nach lukrativen Anlagemöglichkeiten sucht.

Die 2015 in Kraft getretene Mietpreisbremse der Bundesregierung ist wirkungslos: Bodenpreise und Mieten sind in vielen Städten bundesweit explodiert, inzwischen steigen sie selbst in kleineren Orten stark an. Die Gründe liegen in den zahlreichen Ausnahmen, etwa bei Neubauten, Wohnungen nach umfassender Modernisierung oder der schon vorher zu hohen Miete. Zwar hat die Bundesregierung Änderungen vorgenommen, dies ändert jedoch nichts an den vielen Ausnahmen und den in Großstädten weiterhin oberhalb der zulässigen Obergrenze liegenden Mietpreisen. Wir wollen diese »Mietpreisbremse« durch eine **wirksame bundesweite Mietendeckelung** ersetzen, die flächendeckend, unbefristet und ausnahmslos gilt! Besonders hohe Mieten müssen dabei abgesenkt werden. Und: Vermieter, die gegen den Mietendeckel verstoßen, müssen endlich bestraft werden. Vom Mietendeckel müssen auch das Kleingewerbe, kulturelle Einrichtungen sowie soziale und gemeinnützige Träger profitieren.

Was sagen die anderen?

Die **CDU/CSU** hält den Mietendeckel für ungeeignet. Der **FDP** zufolge sorgen Mietpreisbremse und Mieterendeckel für weniger Wohnraum.

Auch die **AfD** stellt sich gegen beide Regulierungsinstrumente.

Die **SPD** will die Mietpreisbremse entfristen und ein Mietmoratorium in angespannten Wohnlagen.

Die Grünen wollen eine Mietobergrenze ermöglichen, Mietpreisbremse entfristen, Mieterhöhungen auf 2,5 Prozent des Mietspiegels deckeln und Modernisierungsumlagen absenken.

LINKE Gegenargumente

Wie so oft doktern SPD und Grüne nur an Symptomen herum. Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes ist zu fragen, ob sich Mieter*innen trauen gegen Vermieter vorzugehen. Zudem muss den Versuchen der Immobilienlobby Mieterschutz zu unterlaufen, effektiv ein Riegel vorgeschoben werden. In Berlin, wo die LINKE mitregiert, sind die Mieten erstmals seit Jahren gesunken – durch harte Obergrenzen, der Zurückführung von Wohnungen in öffentliches Eigentum und Förderung von sozialem Wohnungsbau. Zwar hat das Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel in Berlin gekippt, aber auch klargemacht, dass ein Mietendeckel möglich ist, der auf Bundesebene erfolgen muss. Die Bundestagswahl machen wir deswegen zur Mietenwahl.